Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz der Stadt Wilhelmshaven am Mittwoch, 10. Dezember 2014, 15:00 Uhr, Verwaltungsstelle Sengwarden , Nr. 11/2014

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Harms
Ausschussmitglied Byrte Janßen
Stellv. Ausschussvorsitzender Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Horst Dieter Walzner

Dezernent

Stadtrat Oliver Leinert, Dezernat III

von der Verwaltung

Leiter Referat 2 Umwelt, Bau und Feuerwehr Niksa Marušić
Fachbereichsleitung Feuerwehr Steffen Lutter
Fachbereich Feuerwehr Michael Weiser
Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung Ingo Borgmann

Protokollführer

Fachbereich Umweltschutz und Bauordnung Jochen Borchers

Landvolkverein

beratendes Mitglied Hartmut Brören

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Klaus Börgmann

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Hermann Stolle
beratendes Mitglied Dirk von Polenz

als Gast

Frau Böschen, Firma H2O e-mobile GmbH, Varel (nur öffentlicher Teil)
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.10.2014 (öffentlicher Teil)	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen	**324/2014**
4.2	UWG-Antrag Elektromobilität und Klimaschutz	**532/2014**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Strukturierte Notrufabfrage	
5.2	Wohnwagen auf städtischen Grundstück der GGS	
5.3	Baumfällaktion AOK-Parkplatz	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Harms** eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände wurden nicht erhoben. **Herr Harms** berichtete kurz über die vor dieser Sitzung für die Mitglieder des ULB stattgefundene sehr interessante Besichtigung des Forschungswindparks Anzetel in Minswarfen.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig dahingehend geändert, dass sowohl der Tagungsordnungspunkt 5.1 „Strukturierte Notrufabfrage“ aufgrund kurzfristiger Ortsabwesenheit der Referentin Frau Manzke als auch der Tagesordnungspunkt 7.1 „Vermarktung Wattenmeerhaus“ aufgrund Erkrankung der Referentin Frau Dr.

Köhler von der Tagesordnung gestrichen wurden. Beide Themen werden auf einer der nächsten Sitzungen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.10.2014 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 08.10.2014 (öffentlicher Teil) wurde **einstimmig** genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen **324/2014**

Herr Weiser stellt zu Beginn kurz die Thematik Digitalfunk dar. Das Digitalfunknetz wird durch das Land Niedersachsen aufgebaut. Für die Ertüchtigung der gemeinsamen Leitstelle Wilhelmshaven/Friesland werden ca. 615.000 € eingesetzt, diese Kosten werden durch SDW vorfinanziert (daher auch thematisch im BSDW behandelt) und dann jeweils zu 50 % von der Stadt WHV und dem LK Friesland getragen. Die Betriebskosten für die Unterhaltung des Digitalfunks belaufen sich auf jährlich ca. 29.000 €. Im Haushalt des FB 37 sind in 2015 und 2016 die Kosten für die Vorbereitung und Beschaffung des Digitalfunks sowie die Anschaffung der Handfunkgeräte und Umrüstung der Einsatzfahrzeuge bereits veranschlagt.
Gemäß einer Bemessungsgrundlage werden die Kosten durch das Land umgelegt, der Anteil der Stadt beträgt demnach z.Zt. jährlich 29.462,16 €. Das Land hat aufgrund der Einführung des einheitlichen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationseinheiten mit Sicherheitsaufgaben (BOS) die technischen Voraussetzungen durch Aufbau und Betrieb des Funknetzes geschaffen. Einzelheiten regelt das Land jeweils mit LK, kreisfreien Städten im Rahmen einer Vereinbarung. Unabhängig vom Zweckverband gemeinsame Leitstelle FRI/WHV muss jede Gebietskörperschaft selbst eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnen. Die Absichtserklärung ist Voraussetzung für die Beschaffung von digitalen Funkbauteilen.
Herr Wilhelm fragte an, wie sich die Kosten für die Anschaffung der neuen Handfunkgeräte und Umrüstung der Einsatzfahrzeuge erklären. **Herr Weiser** teilte hierzu mit, dass das Display der neuen Handfunkgeräte notwendigerweise größer ist und die Einsatzfahrzeuge dann zusätzlich mit GPS-Daten ausgestattet sind, was eine einfachere Routenführung und Bedienung der Geräte zur Folge hat.
Herr Walzner fragt, ob es dadurch zu Problemen in der Kommunikation mit der Hafenbörde und dem Seehafen in WHV kommen kann. **Herr Weiser** führt hierzu aus, dass die Einführung des Digitalfunks keinerlei negative Auswirkungen in diesen Bereichen haben wird.
Herr Reese merkt in diesem Zusammenhang an, dass seiner Auffassung nach weiterhin die Einführung des System „KatWarn“ wünschenswert wäre. Über dieses

System können sich Smart-Phone Besitzer per APP über Katastrophenfälle in ihrer Region informieren lassen. Dieses System wird bereits vom LK Friesland eingesetzt. Die Informierung erfolgt über die gemeinsame Leitstelle Wilhelmshaven/Friesland. **Herr Lutter** führt hierzu aus, dass die Kosten für die Anschaffung von KatWarn einmalig ca. 10.000 € betragen würden und ferner zusätzliche jährliche Gebühren in Höhe von 2.000 € entstehen.
Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Ausschuss stimmt der Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen zu.

4.2 UWG-Antrag Elektromobilität und Klimaschutz **532/2014**

Herr Walpurgis stellte als Gast den Antrag der UWG vor und berichtete u. a. über seine persönlichen Erfahrungen bezüglich des Führens eines Fahrzeuges mit Elektroantrieb. Im weiteren Verlauf erläuterte er die seiner Auffassung nach bestehenden Vorteile von Elektrofahrzeugen und verwies auf einen entsprechenden Bericht in der WZ.
Herr Borgmann teilte mit, dass es sich bei Punkt 1 des Antrages der UWG „kostenfreies Parken für Fahrzeuge mit Elektromobilität“ um eine freiwillige Leistung der Verwaltung handelt. Für die Parkgebührenbefreiung wäre auf Grund der Zuständigkeitsregelung der Verwaltung eine Absprache mit TBW erforderlich. Zum Punkt 2 des Antrages „Schaffung von Aufladem öglichkeiten für Elektromobile“ führte **Herr Borgmann** weiter aus, dass es sich hierbei grundsätzlich um privatrechtliche Angelegenheiten handelt, die eine Einflussnahme Seitens der Stadt kaum ermöglicht. Für den Fall, dass die Stadtverwaltung eigene Aufladestationen schaffen wolle, würde es sich hierbei ebenfalls um eine freiwillige Leistung handeln. Die Kosten für die Anschaffung von einer Aufladestation liegen z. Zt. zwischen 30.000 und 40.000 €, die jährlichen Unterhaltungskosten sind dabei noch nicht berücksichtigt. Aktuell gibt es weder über den Bund noch über das Land Fördermittel, die die Schaffung und Unterhaltung solcher Aufladem öglichkeiten unterstützen.
An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Frau Bakir, Frau Janßen, Frau Ober-Bloibaum** sowie die **Herren Reese, Harms, von den Berg, Wilhelm und Walzner**. Alle Redner waren sich einig, dass der Ausbau der Elektromobilität grundsätzlich wünschenswert sei aber zum jetzigen Zeitpunkt die Finanzierungsformen noch nicht ausreichend behandelt und geprüft wurden. Als Ergebnis der Ausführungen empfahl **Herr Leinert** der UWG-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen. **Herr Marusic** gab an, dass diese Thematik ohnehin auf der Agenda des FB 63 steht und der Inhalt hierbei mit einbezogen wird und die Ergebnisse dann erneut im Ausschuss erörtert werden. **Die UWG war hiermit einverstanden und zog den Antrag 532/2014 zurück.**
Herr von den Berg regte weiter an, dass sich dieser Ausschuss im Rahmen des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes in regelmäßigen Abständen (beispielsweise je Quartal) mit dieser Thematik in Form einer Diskussionsrunde beschäftigen solle.
Herr Marušić bedankte sich abschließend bei den Ausschussmitgliedern für das einstimmig beschlossene Klimaschutzkonzept und das ebenfalls einstimmig beschlossene energiepolitische Arbeitsprogramm. Er hält ebenso wie Herr von den

Berg eine regelmäßige Befassung des ULB mit dem Thema Klimaschutz für sinnvoll.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Strukturierte Notrufabfrage

Gemäß Änderung (siehe Nr. 2 Protokoll) wurde dieser Punkt von der Tagesordnung gestrichen.

5.2 Wohnwagen auf städtischen Grundstück der GGS

Herr Leinert schildert kurz das bisherige Verfahren zum Wohnwagen an der Ladestraße: Ursprünglich stand der Wohnwagen an der Ladestraße und war angemeldet, dann wurde er abgemeldet und auf die jetzige Fläche von GGS umgestellt. Der Eigentümer wurde daraufhin schriftlich aufgefordert, den Wohnwagen zu entfernen. Dies blieb leider bisher ohne Erfolg, daher wurde in Absprache mit dem Rechtsamt Klage eingereicht und entsprechende Zwangsmittel angedroht. Um ein ordnungsgemäßes Verfahren sicherzustellen, sind allerdings die entsprechenden Fristen einzuhalten. Dies erklärt, warum sich der Wohnwagen aktuell noch am o.g. Standort befindet.

5.3 Baumfällaktion AOK-Parkplatz

Frau Ober-Bloibaum fragt an, ob bei einer möglichen Baumfällaktionen auf dem Parkplatz der AOK zwischen Kielerstraße und Grenzstraße die Vorgaben der Baumschutzsatzung eingehalten würden. Lt. **Frau Ober-Bloibaum** vorliegenden Informationen sollen Bäume gefällt werden, damit ein Wandbild an einer Häuserfront besser zu erkennen sei. **Herr Marušić** führte hierzu aus, dass es sich hierbei um ein Privatgrundstück handelt und die Baumschutzsatzung beachtet werden muss. Zwei Bäume auf dem besagten Grundstück sind gemäß Baumschutzsatzung geschützt.